

Weinert, Günter

Article — Digitized Version

Industrieländer verhalten aufwärts

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Weinert, Günter (1996) : Industrieländer verhalten aufwärts, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 11, pp. 552-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137402>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mit der Erholung der Produktion in Westeuropa nach der „Winterpause“ ist die Konjunktur in der Triade wieder generell aufwärtsgerichtet. In den USA und in Japan expandierte die Produktion im ersten Halbjahr nicht zuletzt infolge einer temporär starken Ausweitung der Staatsausgaben besonders kräftig, allerdings nur vorübergehend. Nunmehr steigt die Produktion in den drei großen Regionen mit einer Jahresrate von reichlich 2% in annähernd gleichem Tempo.

Die Konvergenz der Produktion vollzog sich, nach einer lange Zeit asynchronen Konjunktorentwicklung, bei sehr unterschiedlichen Positionen im Konjunkturzyklus. Die Kapazitäten sind daher in den einzelnen Regionen unterschiedlich stark ausgelastet. Auch auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich diese Divergenz deutlich wider. Während die Beschäftigung in den USA in den vergangenen Jahren kräftig ausgeweitet wurde, stagnierte sie in Japan und in Westeuropa annähernd.

Bei einer Arbeitslosenquote von 10,7% sind die Beschäftigungsprobleme in Westeuropa besonders drängend. Eine Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums durch die Schaffung innovations- und investitionsfreundlicher Bedingungen ist daher vordringlich. Selbst durch rascheres Wachstum läßt sich die Arbeitslosigkeit jedoch nur langsam verringern. Auch in den USA ist die niedrige Arbeitslosigkeit in erheblichem Maße auf eine größere Beschäftigungsintensität des Produktionsanstiegs zurückzuführen. Ein weniger rigides Arbeitsrecht und ein erheblich dünneres soziales Netz tragen dazu maßgeblich bei.

In Westeuropa werden seit einiger Zeit, gegen teilweise erhebliche Widerstände, Schritte in Richtung Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und Rückbau des sozialen Netzes unternommen, da die Grenzen der Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates immer deutlicher wurden. Angesichts der Dynamik der Sozialausgaben bei hoher Staatsquote sind weitere merkliche „Einsparungen“ wohl unvermeidlich, zumal im Zeitalter der Globalisierung.



Günter Weinert

Industrieländer verhalten aufwärts

Soweit hierdurch unter anderem die Lohnzusatzkosten gedämpft werden, verbessern sich tendenziell auch die Wachstumsbedingungen; zugleich fördert die Verbilligung des Faktors Arbeit im Verhältnis zum Faktor Kapital dessen Mehreinsatz.

Durch inflationäre Tendenzen lassen sich, wie die Erfahrung zeigt, Wachstum und Beschäftigung nicht forcieren; auf längere Sicht wirken sie sogar kontraproduktiv. Diese Einsicht schlägt sich in der Dämpfung der Verbraucherpreise in den Industrieländern auf eine Anstiegsrate von reichlich 2% nieder, bei relativ geringer Streuung zwischen den einzelnen Ländern. In einigen westeuropäischen Ländern wurden die Stabilisierungsbemühungen auch verstärkt, um die monetären Bedingungen für eine Teilnahme an der für 1999 geplanten Europäischen Währungsunion zu erfüllen.

Um die finanzpolitischen Kriterien für einen Eintritt in die Währungsunion zu erfüllen, werden in Westeuropa vielfach die öffentlichen Abgaben kräftig erhöht und die staatlichen Ausgaben schwach ausgeweitet. Hiervon gehen zwar dämpfende Wirkungen auf Nachfrage und Produktion aus. Einer nachhaltigen Expansion steht die Konsolidierung auch in einer frühen

Phase der Erholung indes nicht entgegen, wie nicht zuletzt die Entwicklung Mitte der achtziger Jahre in Westeuropa und Anfang der neunziger Jahre in den USA gezeigt hat. Zudem wird das Ausmaß der „Sparmaßnahmen“ überschätzt. Sie sind häufig nicht in vollem Maße konjunkturrelevant, denn ein Teil der Verringerung des Defizits ist lediglich Kosmetik. Durch „kreative“ Buchungstechniken wird eine nachhaltige Reduzierung der Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben indes nicht erreicht. Um so wichtiger ist es unter stabilitätspolitischen Aspekten, die Einhaltung der fiskalischen Kriterien auch für den Zeitraum nach Beginn der Währungsunion glaubhaft und nachhaltig zu sichern.

Der Beginn der Währungsunion im Jahre 1999 ist in den vergangenen Monaten wahrscheinlicher geworden. Offen ist aber, ob die Kriterien strikt angewendet werden. Dies entscheidet zugleich über den Teilnehmerkreis, der Anfang 1998 bestimmt werden soll. An den Finanzmärkten könnten sich aber schon im Laufe des nächsten Jahres „Vorurteile“ über diese Entscheidung herausbilden, die nicht ohne deutliche Auswirkungen auf Wechselkurse und Zinsen bleiben. Weder Ausmaß noch Zeitpunkt derartiger Veränderungen sind jedoch absehbar.

Deshalb gehen die Institute in ihrer jüngsten Prognose für die Weltkonjunktur 1997 von der Annahme aus, daß sich die gegenwärtigen Wechselkursrelationen nur wenig verändern, die langfristigen Zinsen niedrig bleiben und von der Geldpolitik zumeist weiter expansive Impulse auf die wirtschaftliche Aktivität ausgehen; lediglich in den USA dürfte die Geldpolitik – der hohen Inanspruchnahme der Ressourcen angemessen – etwa konjunkturneutral sein. Unter diesen Umständen ist eine Fortsetzung der synchronen Konjunktorentwicklung zu erwarten. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte dabei um reichlich 2% steigen. Die Beschäftigung wird sich hingegen weiter unterschiedlich entwickeln, wenn auch nicht mehr so deutlich.